



Pressemitteilung, 29.09.2018

## **Tödlicher Richtungswechsel: Beteiligt sich Bremen zukünftig an Abschiebungen nach Afghanistan?**

Am Dienstag soll ein junger afghanischer Staatsangehöriger, der sich seit letzter Woche im Bremer Abschiebegewahrsam befindet, über München nach Kabul abgeschoben werden. Per Amtshilfegesuch hatten sich die bayerischen Behörden an Bremen gewandt, nachdem der junge Mann in der Passauer Ausländerbehörde verhaftet wurde. Dort wollte er eigenständig seinen Aufenthalt klären, nun droht ihm die Abschiebung von Bremen in den potentiellen Tod.

*„Wir fordern die Verantwortlichen auf, jegliche Mitarbeit an dieser und an folgenden Abschiebungen nach Afghanistan sofort einzustellen“,* erklärt Marc Millies vom Flüchtlingsrat Bremen.

Die Bremer Landesregierung und die Regierungsfractionen haben bisher öffentlich die Position vertreten, dass Abschiebungen nach Afghanistan wegen der Sicherheitslage dort nicht vertretbar sind. Die Bremer Innenbehörde bestätigte auf Nachfrage des WESER-KURIER im Februar 2018, dass sich Bremen nicht an Sammelabschiebungen beteilige.

Das derzeitige Verhalten der Bremer Innenbehörde steht in eklatantem Widerspruch zu dieser Positionierung. Die Lage in Afghanistan bleibt desaströs, wie der aktualisierte Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom Juni 2018 bestätigt.

Die für den 02.10. geplante Abschiebung wird nicht vom Migrationsamt Bremen organisiert, sondern von einer Ausländerbehörde in Bayern. Diese mache zunehmend von illegalen Methoden Gebrauch, um Abschiebungen durchzusetzen, ordnet Stephan Dünwald vom Bayerischen Flüchtlingsrat ein. Geflüchtete werden dort immer öfter von Behörden aus ihren Wohnungen abgeholt, Jugendliche aus den Schulen herausgerissen.

Bremen stellt seinen Abschiebegewahrsam für die geplante Abschiebung des jungen Mannes nach Afghanistan zur Verfügung und wirkt damit an entscheidender Stelle unterstützend dabei mit, schwerwiegende Verletzungen von Menschenrechten zu exekutieren.

Der Flüchtlingsrat Bremen kritisiert die Zunahme der Bereitstellung und Vermarktung von Haftplätzen im Bremer Abschiebegewahrsam für bundesweite Abschiebungsaktionen auf das Schärfste.

*„Bremen darf sich auf keinen Fall zum Erfüllungsgehilfen einer menschenrechtswidrigen bayerischen Abschiebeindustrie machen“,* fordert Marc Millies.

Hintergrund:

<https://www.fluechtlingsrat-bremen.de/2018/08/afghanistan/>

<https://www.fluechtlingsrat-bayern.de/>

<https://thruttig.wordpress.com/author/thomasruttigaan/>

<https://www.proasyl.de/news/lange-gefordert-endlich-da-lagebericht-zu-afghanistan/>